

deren Kirchen, aber auch auf das Wohl und Wehe der Bevölkerung von Süd-Holland. Es soll Platz sein für verschiedene Auffassungen und auch für die eigene Art der holländischen Kirche. Er muß seine Rolle im organisatorischen Zusammenspiel der Organe und Gruppen in der Diözese gut erfüllen, in Beratung und Zusammenarbeit, wobei er nach demokratischen Spielregeln vorzugehen hat. Seine Sorge ist es, daß seine Diözese gut arbeitet, wobei seine Tätigkeit sich vor allem auf überdiözesaner Ebene bewegt, im Kontakt mit anderen Bischöfen und seinen Mitarbeitern in diözesanen Gremien, aber auch mit seinen Kollegen aus anderen Kirchen in Süd-Holland. Auf der Ebene des Dekanates und der Pfarre wird von ihm mitunter eine Vermittlerrolle erwartet, jedoch nicht der Schwerpunkt seines Wirkens gesehen. Wo immer er auftritt, bringt man ihm hohe Erwartungen entgegen: man möchte sich mit seinem Bischof „sehen lassen können“.

An der repräsentativen Befragung beteiligten sich 43 Gruppen. Sie beantworteten folgende Fragen:

1. Was soll das größte Interesse des Bischofs von Rotterdam haben?
2. Wo soll der Bischof inmitten der verschiedenen Richtungen stehen und wie soll er sich ihnen gegenüber verhalten?
3. Wie kann eine gute Kommunikation zwischen Bischof und Diözese stattfinden?
4. Was kann der Bischof von den Gläubigen seiner Diözese erwarten?

Außer den bereits genannten Punkten könnten die Äußerungen der Gruppen in etwa so zusammengefaßt werden:

Man wünscht einen Bischof, der in erster Linie „Hirte“ ist, sich vor allem mit internen Anliegen befaßt, mit der „geistlichen“ Seite (Priester, Priesterausbildung usw.). Er soll das Evangelium verkünden mit Gespür für die Zukunft, das Leben aus dem Glauben fördern. Aus einem inspirierenden Glauben heraus soll er menschliche und gesellschaftliche Gegebenheiten deuten und deutlich machen. Er darf nicht aus kirchenpolitischen Gründen schweigen, sondern muß authentisch bleiben. Betont wird die Solidarität mit allen Menschen. Er darf sich mit keiner Richtung identifizieren, soll vermittelnder Mittelpunkt zwischen den

Gegensätzen sein, jeweils das betonen, was an echt evangelischem Geist in jeder Gruppe spricht, Verständnis füreinander wecken, aber auch korrigieren und Stellung nehmen. Bei allem soll ihn Toleranz und Verständnis für andere leiten. Inmitten der verschiedenen Strömungen soll er in seinem Verhalten nicht die sogenannte „Rechtgläubigkeit in der Lehre“ über alles hochhalten, sondern er soll urteilen und stimulieren unter dem Gesichtspunkt der Echtheit christlichen Lebens.

Von seinen Diözesanen darf der Bischof erwarten: Loyalität, Offenheit, Vertrauen und Sich-leiten-lassen, Respekt, Verständnis für seine schwierige Aufgabe, finanzielle Beiträge. Auf Grund dieser Erhebung über das „Profil“ des Bischofs wurden auf dem Weg der eingangs dargelegten Vorgangsweise sieben Personen ermittelt. Die Liste der Namen wurde in alphabetischer Reihenfolge publiziert. Die Reihung der Namen durch das Diözesankapitel, sowie sein definitiver Dreivorschlag, blieb geheim. Die Entscheidung wird erst im Herbst erwartet. Inzwischen werden im persönlichen Gespräch und in der Presse die verschiedensten Vermutungen und Hoffnungen herumgereicht. Der neue Bischof kann auf ein allgemeines Interesse und die gespannte Erwartung seines Diözesanvolkes rechnen.

Wilma Immler, Linz

Tagung „Priester ohne Amt“
vom 1. bis 3. Mai 1970 in München

Während des vergangenen Jahres solidarisiert sich in der Bundesrepublik erstmals größere Kreise aus dem Dienst ausgeschiedener Priester. Vom 1.–3. Mai 1970 fand in München eine erste Arbeitstagung der „Priester ohne Amt“ statt. Veranstalter waren der Aktionskreis München, der Frankfurter Kontaktkreis und der Seeberger Kreis Köln. Es nahmen 52 Priester, die ihr Amt niedergelegt haben oder niederlegen mußten, deren Frauen und Bräute und befreundete oder interessierte Priester und Laien teil. In mehreren Arbeitskreisen wurde der Versuch unternommen, die berufliche, geistliche, kirchliche und menschliche Situation der Gruppe zu reflektieren und ein gemeinsames Urteil über ihre zukünftige

Stellung und Aufgabe in der Kirche zu gewinnen.

Dementsprechend standen zunächst die Entscheidung oder der Zwang, das Amt niederzulegen, das Laisierungsverfahren, das Selbstverständnis angesichts des Vorwurfs der Untreue und die Priesterehe mit ihren spezifischen Schwierigkeiten und Gaben im Vordergrund der Gespräche und Resolutionen. „Das Recht der Kirche muß geistliches Recht sein. Es kann nicht Funktion des kirchlichen Amtes sein, den Geist auszulöschen und das Charisma der Verkündigung des Wortes Gottes zu mißachten, nur weil der Berufene verheiratet statt unverheiratet ist. Eine sakramentale Ehe kann in der Gemeinde Christi nicht als Grund gewertet werden, einen speziellen Dienst am Reiche Gottes zu behindern“ (aus Resolution 6). „Die Treue zum Priestertum als eine Hilfe für die Menschen auf dem Weg zu Gott ist nicht identisch mit den Inhalten des Zölibates, der erklärtermaßen vom Priestertum her nicht begründbar ist. Die Treue gegen sich selbst, gegen die eigene Entwicklung und auch gegen die gegebene Geschlechtlichkeit ist mehr als das Beachten eines Gesetzes, das dem Erhalten einer starren Struktur dient“ (aus Resolution 7). Das Verfahren der Laisierung, seine entwürdigenden Unterstellungen wie die Willkür seiner Durchführung, und die unchristliche Weise der Verabschiedung aus Dienst und Gemeinde erfuhren scharfe Kritik.

Der ausscheidende Priester wechselt aus einem versorgten Leben in ein unversorgtes – oft in einem Alter, in dem der Normalbürger schon längst berufliche Position und Altersvorsorge gewinnen konnte. Deshalb nahmen arbeits- und versicherungsrechtliche Fragen breiten Raum ein. Die Leistungen der Diözesen (Nachversicherung, Übergangsdarlehen usw.) sind unterschiedlich. Neben großzügigen Beihilfen findet sich völliges Versagen. Zumal Ordensleute werden oft ganz mittellos entlassen. Zudem fehlt für sie auch eine ausreichende Bemessungsgrundlage der Nachversicherung. Eine Dokumentation besonders krasser Fälle ist in Vorbereitung. Besondere Aufmerksamkeit fand die Lage der italienischen und spanischen Priester, die durch die Verquickung von kirchlichem und staatlichem Recht menschlich und beruflich oft verzweifelt

ist. Die Verzögerung der Laisierung verhindert auch die Zivilehe, polizeiliche Führungszeugnisse und Ausreisegenehmigungen sind bischöflichen Rechts usw. (Was hier geschieht, ist ein Offenbarungseid der Kirche und disqualifiziert ganze Bände von Verlautbarungen für Freiheit und Gerechtigkeit als leeres Papier. Die Frage ist bedrückend, warum die kirchliche Öffentlichkeit solche Vorgänge nicht wahrnimmt. Hat sie sich daran gewöhnt, mit dem Unrecht zu leben – angesichts des Evangeliums?)

Die theologische Besinnung auf die Herkunft, die Situation und die Zukunft von Gemeinde und Amt war angesichts der Vielzahl drängender konkreter Probleme noch nicht zureichend zu leisten. Im Anschluß an ein Referat von G. Hasenhüttl „Funktionales oder kultisches Amtsverständnis des Priesters“ (vgl. Wort und Wahrheit 25, 1970, H. 5) begann ein Gespräch, das eine Entflechtung des Priesteramtes in vielfältige Dienste als schriftgemäßes Ziel für die Zukunft entwarf. Innerhalb dieser Vielfalt hätte das Vorsteheramt die Aufgabe der Koordination und Einigung. Auf der Schlußsitzung wurde der (inzwischen erfolgte) Zusammenschluß der drei veranstaltenden Kreise und ihrer „Tochtergründungen“ zu einer eigenen Arbeitsgemeinschaft angeregt, „die gegenüber der Öffentlichkeit und innerhalb der Kirche die Erfahrungen und Erkenntnisse, die Probleme und Anliegen laisierter Priester und Ordensleute vertritt“. Zugleich wurde die Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft der Priestergruppen vereinbart. Die verabschiedeten Resolutionen gingen den deutschen, österreichischen, schweizerischen und niederländischen Bischöfen zu. (Die Resolutionen sind erhältlich beim Sekretariat der Arbeitsgemeinschaft „Priester ohne Amt“, 6 Frankfurt 1, Beethovenstr. 28). Bis zur Abfassung dieses Berichtes lagen Antworten der Bischöfe auf die ihnen zugegangenen Informationen und Bitten (u.a. um Vertretung auf der Synode 72) nicht vor. Zu der Münchener Tagung war Kardinal Döpfner eingeladen. Er ließ sich durch Generalvikar Gruber bei der Schlußsitzung vertreten. Dieser dankte in seinem Grußwort dafür, daß die Anwesenden mit der Kirche verbunden bleiben wollten, und erklärte die

Gesprächsbereitschaft zu allen anstehenden Fragen und Anliegen. Tatsächlich scheinen die meisten deutschen Bischöfe und Ordinateure bereit zu sein, im Einzelfall zu helfen. Einige Diözesen haben eine großzügige Lösung der sozialen Fragen gefunden. Aus zwei Gründen ist die erhoffte Gemeinsamkeit mit den Bischöfen damit allein aber noch nicht erreicht: Zunächst müßten an die Stelle des Ermessensentscheides der sozialen Ansprüche im Einzelfall für alle Bistümer und Ordensgemeinschaften verbindliche, der Ausbildung und dem neuen Beruf gemäße Regelungen treten. Außerdem sollte ein umfassendes Gespräch beginnen über den kirchlichen Dienst und die Möglichkeit, an ihm teilzuhaben.

Die Arbeitsgemeinschaft „Priester ohne Amt“ repräsentiert nicht alle aus dem Dienst ausgeschiedenen Priester. Manche haben die Kirche rechtlich oder faktisch verlassen; andere haben „die Nase voll“ und leben in abwartender oder resignierter Distanz; wieder andere haben sich neuen gesellschaftlichen Aufgaben zugewandt. Dennoch treffen sich gegenwärtig ca. 300 „Priester ohne Amt“ in den verschiedenen Gruppen (die Teilnehmerzahl in München war aus technischen Gründen begrenzt). Sie alle, auch diejenigen, die das System der Laisierung ablehnen und sich ihm nicht unterwerfen, wollen Gemeinschaft mit der Kirche. Rund 80% sind zu einem haupt- oder nebenamtlichen Dienst in der Gemeinde bereit.

Für die Mehrzahl könnte das allerdings nur ein Dienst in einer in ihren Strukturen erneuerten Kirche sein. Eine einfache Wiederaufnahme des priesterlichen Dienstes in seiner gegenwärtigen Verfaßtheit erscheint nur einem Teil als möglich. Damit stimmt das Ergebnis einer internen Umfrage überein, nach dem der Zölibat zwar der häufigste, aber nicht der einzige Hauptgrund der Amtsniederlegung ist. Große Bedeutung hat auch die klerikale Struktur des priesterlichen Dienstes („klerikal“ als Sammelbegriff für sakrale und rechtliche Aussonderung, gesellschaftliche Isolation, funktionale Überladung). In der Kritik an dieser Struktur wissen die „Priester ohne Amt“ sich mit vielen Priestern im Amt und zahllosen Christen einig.

Darüber sollte ein innerkirchliches Gespräch

möglich sein. Die deutschen Bischöfe haben in mehreren Publikationen, vor allem im „Schreiben der deutschen Bischöfe über das priesterliche Amt“ von 11. 11. 1969, den status quo des dogmatischen Verständnisses des Priesters herausgestellt. Man legt solche Belehrung nicht ohne Fragen aus der Hand (so leuchtet die dogmengeschichtliche Problematik des character indelebilis durchaus auf). Den geistlichen Rang und den existentiellen Ernst dieses Priesterbildes wird dennoch niemand leugnen können und wollen. Seine entscheidende Schwäche ist die Zurückstellung der konkret-geschichtlichen Gestalt des Priestertums hinter eine Wesensbetrachtung, die in Wahrheit selbst bereits konkret-geschichtlich Gewordenes impliziert. Es ist nicht gezeigt worden, warum das von Christus her *eine* Amt nicht in einer Vielzahl von Gestaltungen gelebt werden könnte, wie es in neutestamentlicher Zeit gelebt worden ist und wahrscheinlich von unserer Zeit gefordert wird.

So bleibt die Vermutung unwiderlegt, daß die entscheidenden Gründe für die Beibehaltung der zölibatären Struktur nicht theologischer Natur sind. Sie liegen bis heute nicht auf dem Tisch und sind vermutlich auch überaus komplex. An ihre Stelle tritt die Diffamierung derer, die glauben, ihrem Dienst eine andere Gestalt geben zu sollen. Ihnen werden Todesernst des Lebens und Kreuzesnachfolge global abgesprochen. Zugleich entstehen Gemeinden, die zwar miteinander Eucharistie feiern, denen aber der Stand ihres Vorstehers ein Tabu sein muß, über das ein offenes Urteil nicht erlaubt ist. Und niemand belehrt darüber, welche Verkehrung des Christlichen das ist!

Die Aussichten auf ein fruchtbares Gespräch sind gegenwärtig noch gering. Die deutschen Bischöfe haben sich darauf festgelegt, laiierte Priester zwar anzunehmen, sie auch mit gewissen Aufgaben der Verkündigung zu betrauen (Schule, allgemeine Bildungsaufgaben), ihren seelsorglichen und theologischen Einfluß gleichzeitig aber entschieden zu begrenzen. Vor allem soll die Distanz zum priesterlichen Amt herausgestellt werden, damit dessen gegenwärtige Gestalt ungefährdet bleibt. Andererseits möchte die Arbeitsgemeinschaft in Zusammenarbeit mit Priestern im Amt und Laien neue Dienststrukturen in Gemeinden

erproben und als Modelle zur Diskussion stellen. Dadurch würde die monolytische Struktur des Amtes in Frage gestellt.

Die Teilnehmer der Münchener Tagung waren bemüht, ohne Ressentiments und Effektsuche ihre Kritik wie ihre Zielvorstellungen zu formulieren. (Das Verhältnis zur enthüllungsfreudigen Presse hatten sie sich durch diese Sachlichkeit bewußt erschwert.) Ihr Angebot kommt auch nicht aus Selbstüberschätzung. Die Aufhebung des Pflichtzölibats ist wahrhaftig nicht identisch mit der Erneuerung der Kirche. Dennoch signalisiert der Zölibat (nicht die Ehelosigkeit des einzelnen Priesters!) Fehlentwicklungen: die Entfremdung vom konkreten Menschen und ein Vertrauen in überdauernde Strukturen mehr als in den lebendigen Geist.

Adolf Smitmans, Tübingen

Forum

Probleme des Religionsunterrichtes

Zu den folgenden von unserem Redaktionsmitglied G. Biemer (Freiburg) erstellten Fragen wurden von führenden Fachleuten des deutschsprachigen Raumes kurze Stellungnahmen erbeten. Obwohl einige der vorgeesehenen Mitarbeiter wegen Arbeitsüberlastung abschreiben mußten, können wir im folgenden ein breites Spektrum von Aspekten und Argumenten zur Diskussion um den Religionsunterricht (RU) anbieten. red

Die 7 Fragen:

1. Halten Sie konfessionell-kirchlichen RU an staatlichen Schulen vertretbar? Wie begründen Sie Ihre Ansicht?
2. Welches Ziel sollte der RU an staatlichen Schulen haben? Was halten Sie von der Konzeption des RU als „Sachkunde Religion“?
3. Ist RU seiner Intention und Aufgabe nach auf eine bestimmte Altersstufe beschränkbar und zu beschränken? Welche Altersstufe würden Sie gegebenenfalls ausklammern?

4. Wo liegen heute die Hauptschwierigkeiten bei der Durchführung des RU? Wie sind die offensichtlichen Schwierigkeiten nach Ihrer Meinung zu überwinden?
5. Auf welche Weise kann RU erzieherische Funktionen wahrnehmen?
6. Was spricht für oder gegen eine kirchliche Sendung und Beauftragung der Religionslehrer (missio canonica)?
7. Unter der Voraussetzung der Trennung von schulischem RU und kirchlicher Katechese: In welchem Rahmen soll die kirchliche Katechese stattfinden? Welches Ziel hat die kirchliche Katechese? Welche Themen würden Sie ihr zuweisen?

Die Stellungnahmen (in alphabetischer Reihenfolge):

1. Eine alternative Antwort ist nicht möglich. Da Konfessionalität eine geschichtliche Verwirklichung von Religion ist, ist der RU in der Gestalt des Lehrers theologisch stets konfessionell, weniger in den Inhalten, am wenigsten in den Teilnehmern.
2. Das Ziel des RU an staatlichen Schulen ist die didaktische Konfrontation mit der Wirklichkeit der Religion, die zur Wirklichkeit des Lebens ebenso zählt wie die Welt der Zahl, der Sprache oder der Geschichte. Sachkunde ist eine, aber nicht die einzige und wohl auch nicht die erste didaktische Dimension des RU.
3. Der Versuch, RU auf Altersstufen zu beschränken, ist ein Symptom für die Ratlosigkeit der Lehre und des Lehrers. Sachlich ist es unbegründet.
4. Die Schwierigkeiten des RU haben vielfältige Ursachen: Sie wurzeln pädagogisch in Problemen der Schule, soziologisch im unklaren Verhältnis Schule – Kirche – Gesellschaft, theologisch im Realitätsverlust des Christentums. Abhilfe ist nur durch eine komplexe Analyse, Planung, theologische Didaktik, Erfolgskontrolle, Handlungsstrategie usw. möglich.
5. Durch seine Beiträge zu den Sinn- und Grundfragen des Menschen und der Gesellschaft besitzt der RU eine erzieherische Funktion.
6. Gegen eine kirchliche Beauftragung des